



Familie als Leitmotiv für politisches Engagement

Friedrich Schneider

Traditionelles freikirchliches Engagement für das ungeborene Leben

Sucht man nach einem familienpolitischen Engagement mit baptistischer oder freikirchlicher Prägung, stößt man unweigerlich auf Anti-Abtreibungskampagnen.

Am auffälligsten ist der durch evangelikale Christen organisierte „Marsch für das Leben“, der jedes Jahr in Berlin stattfindet. Rund 7.500 Teilnehmende sollen es nach Angaben des Veranstalters am 16.09.2017 gewesen sein. Allerdings geht die baptistische Beteiligung bei diesem Event auch nicht über ein Grußwort hinaus.

Im baptistischen Kontext wird das Anliegen durch die Stiftung „Chance zum Leben“ aufgenommen. Sie will schnell und unbürokratisch Schwangere und Familien in Notlagen unterstützen – vor allem, wenn gesetzliche Leistungsansprüche ausgeschöpft sind oder nicht ausreichen. Die Hilfeleistung wird häufig in Form von Sachspenden bzw. Einkaufsgutscheinen in Drogeriemärkten gewährt.¹

In der Debatte um die Abschaffung des § 219a, der ein Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche formuliert, unterstützt der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden gemeinsam mit der Vereinigung Evangelischer Freikirchen und mit den anderen Kirchen in Deutschland die Position, diesen Paragraphen nicht abzuschaffen. Die Kirchen gehen von der Notwendigkeit einer Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch aus. Der direkte Weg zu einer Praxis würde die Beratung überflüssig machen und kommerziellen Anbietern von Abtreibungen Türen öffnen. Durch Beratungsgespräche kann eher gewährleistet werden, dass dann, wenn eine Abtreibung unausweichlich erscheint, vertrauenswürdige Praxen und Krankenhäuser vermittelt werden können.

¹ Nach Informationen der Homepage <http://www.chance-zum-leben.de/stiftung.html>, gelesen am 26.03.2018

Notwendiges politisches Engagement für das geborene Leben

Das familienpolitische Engagement beschränkt sich ansonsten auf die Mitgliedschaft des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf), dem familienpolitischen Dachverband evangelischer Institutionen und Verbände, die sich für die Bedürfnisse und gesellschaftlichen Anliegen von Familien in Politik und Kirche einsetzt.

Traditionell üben Freikirchen in Deutschland eher eine gewisse Zurückhaltung gegenüber gesellschaftlichem und politischem Engagement. Meist konzentrieren sich die Aktivitäten der Gemeinden auf diakonische und pädagogische Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. Die Homepage des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden gibt dazu folgende Auskunft: „Wer eine Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde besucht, der wird erleben: Kinder und Familien sind den Gemeinden und dem BEFG wichtig. „Lasst die Kinder zu mir kommen“, sagt Jesus. Ob Kindergottesdienste, Winterspielplätze, Krabbelgruppen oder Jungschar- und Teenie-Treffs: Kinder sollen wissen, dass sie herzlich willkommen sind – und das nicht nur am Sonntag. Einige Gemeinden im BEFG betreiben deshalb Kindergärten, in denen die Kinder spielend erfahren, dass sie ein unverwechselbares Geschöpf Gottes sind. Andere Gemeinden gründen Vereine, die Kindertagesstätten oder Familienzentren unterhalten. 53 dieser Einrichtungen für Kinder und Familien gibt es im Bund. 46 davon haben sich zur Arbeitsgemeinschaft Evangelisch-Freikirchlicher Kindertagesstätten (AGEF KITAS) zusammengeschlossen. Die AGEF KITAS unterstützt und berät vorhandene Einrichtungen ebenso wie Kitagründungen in den Gemeinden. Mit einem gemeinsamen Leitbild und jährlichen Treffen, auf denen sich die Mitarbeitenden und Leitenden austauschen und weiterbilden können, bildet die AGEF KITAS eine starke Gemeinschaft zum Wohl der Kinder.“²

Nur vereinzelt werden Fragen gestellt wie: In welcher Welt

² Zitat nach <https://www.baptisten.de/vernetzung-werke/bildung-und-diakonie/kindergaerten/> gelesen am 26.03.2018

werden unsere Kinder einmal leben? Und welche Verantwortung haben die jetzt Erwachsenen für die Lebensbedingungen der nachfolgenden Generation?

Das Generationenmanifest – eine politische Initiative

Solche grundsätzlichen und langfristig relevanten Fragestellungen werden allerdings auch im politischen Bereich selten thematisiert. Deshalb hat sich zur Bundestagswahl 2017 eine Initiative gebildet, die sich besonders mit der Verantwortung der heute Lebenden für die Zukunft der Kinder beschäftigt. Entstanden ist ein Aufruf unter dem Titel „Das Generationen-Manifest“.

Zu den 47 Erstunterzeichnern gehören Wissenschaftler, Philosophen und Künstler, darunter bekannte Namen wie Dr. Franz und Bigi Alt, Amelie Fried, Hannes Jaenicke, Dr. Brigitte Mohn, Prof. Joachim Schellnhuber, Jakob von Uexküll und Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker.

Inzwischen haben weit über 200.000 Personen folgendes „Manifest“ unterschrieben:

„Wir sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und stellen besorgt fest:

Die älteste Übereinkunft der Menschheit ist in Gefahr – der Generationenvertrag.

Vorangegangene Generationen haben immer versucht, ihren Kindern eine bessere und gerechtere Welt zu hinterlassen. Auch deshalb geht es uns heute so gut wie nie zuvor.

Wir, die goldenen Generationen der nach dem Krieg Geborenen, haben dieses urmenschliche Anliegen stillschweigend kassiert und ahnen jetzt, dass wir unseren Kindern eine Fülle von ungelösten Problemen vor die Füße werfen.

Dabei wissen wir längst, dass es jetzt von uns abhängt, ob die Grundlagen für eine lebenswerte Zukunft erhalten bleiben.

Die Lage ist erschreckend. Unsere Leistungsgesellschaft mit ihrem Produktions- und Wachstumswahn ist dabei, die Erde für unsere Nachkommen unwirtlich und unbewohnbar zu machen.

Wir müssen uns deshalb entscheiden, ob wir uns mit diesem kurzfristigen, egozentrischen Denken weiter der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen entziehen oder umdenken

und mit mutigem Handeln die Chancen künftiger Generationen auf Gesundheit, Erfüllung und Glück wiederherstellen.

Dabei geht es nicht um die isolierte Bekämpfung einzelner Krisen wie Armut, Hunger, Klimawandel oder Migration. Wir leben heute in einer Welt, in der alles mit allem und jeder mit jedem verbunden ist. Alles, was wir tun oder unterlassen, hat eine Wirkung, über Ländergrenzen und Generationen hinweg. Deswegen müssen wir als Gesellschaft gemeinsam handeln und Grundlagen für ganzheitliche Lösungen schaffen.

Wir engagieren uns auf gesellschaftlicher Ebene für einen neuen Generationenvertrag, einen Vertrag, der zum ersten Mal die Bedürfnisse kommender Generationen und deren Herausforderungen wirklich ernst nimmt. Denn sie sind es, die die Folgen unseres Handelns und Nichthandelns einmal tragen werden. Wir, die Unterzeichner, setzen uns für langfristige, generationenübergreifende Strategien und ganzheitliche Lösungen ein, denn die derzeitige Planung aller großen Parteien bis 2030 ist kein Planungsmaßstab, der die Interessen der nächsten Generationen angemessen berücksichtigt.

Wir fordern die kommende Bundesregierung auf, die folgenden 10 Forderungen in der kommenden Legislaturperiode ins Zentrum ihrer politischen Entscheidungen und Gesetzgebung zu stellen und in den Koalitionsvertrag bzw. ihr Regierungsprogramm aufzunehmen.³

Die Forderungen im Einzelnen:

1. Frieden: Eine Zukunft ohne Krieg ist nicht selbstverständlich.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine endgültige Abschaffung aller Atomwaffen einzusetzen und ein Ende des Exports von Kriegswaffen in Spannungsgebiete zu beschließen.

2. Klima: Mit allen Mitteln die Klimakatastrophe abwenden.

Auch in Deutschland müssen wir unsere Anstrengungen im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen massiv erhöhen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Einsatz fossiler Brennstoffe bis 2040 zu beenden sowie ein tragfähiges Konzept für

³ Zitat nach der Homepage <https://www.generationenmanifest.de>, gelesen am 26.03.2018

CO2-Besteuerung bzw. Emissionshandel vorzulegen. Aus den Erträgen soll ein Zukunftsfonds aufgelegt werden, der Innovationen fördert und für künftige Generationen spart.

3. Bildung: Wir werden neue Kompetenzen brauchen.

Unser Bildungskonzept stammt aus einem anderen Jahrhundert. Im digitalen Jahrtausend brauchen wir Interdisziplinarität, die Befähigung zur Selbstbildung, Teamfähigkeit und Medientraining. Wir fordern eine Zukunftskommission, die ein themenorientiertes Lernen und Lehren vom Kindergarten bis zur Universität entwickelt und seine Umsetzung entschlossen einleitet.

4. Armutsbekämpfung: Hunger, Armut und Überbevölkerung beenden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, hier entschlossener zu handeln und die bereits gemachten Zusagen einzuhalten. Die Lösung liegt in der Durchsetzung von fairen Löhnen, einer fairen Arbeitsteilung und fairen Regeln für die Produktion des globalen Konsums. Deutschland soll hier Vorreiter werden.

Die Bildung und Stärkung von Frauen und Kindern in Schwellen- und Entwicklungsländern mithilfe eines internationalen Bildungsprogramms wird zu realistischeren Lebens- und Bleibeperspektiven der dort lebenden Menschen beitragen.

5. Gerechtigkeit: Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verringern.

Die Altersarmut ist für einen wachsenden Teil der Bevölkerung eine reale Bedrohung. Wir fordern die Bundesregierung auf, unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, eine Planung für das Renten- und Sozialsystem bis 2050 vorzulegen.

Wir fordern eine Steuerreform für ein gerechtes Steuersystem, mit fairen Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuern und der Entlastung kinderreicher Familien, sowie eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen.

6. Unternehmenshaftung: Unternehmen und Banken dürfen nicht gegen, sondern müssen für die Menschen arbeiten.

Wir fordern die Einführung und Durchsetzung des Verursacherprinzips und klarer Haftungsregeln auf globaler und

nationaler Ebene. Folgekosten von Krisen und Katastrophen müssen von denjenigen getragen werden, die mit hohen Risiken Gewinne erzielen und Probleme auf künftige Generationen abwälzen.

Und wir fordern ernsthafte globale Anstrengungen, damit Unternehmenssteuern in dem Land gezahlt werden, in dem auch die Gewinne erzielt werden.

7. Migration: Menschen werden kommen, sie haben ein Recht darauf.

Unser Egoismus und unsere Profitgier sind mitverantwortlich für die Flüchtlingsströme. Wir müssen hier Verantwortung übernehmen und uns der Situation stellen.

Wir fordern einen Gestaltungsplan, der auf internationaler Ebene Vorsorge für die zu erwartenden erheblichen Migrationsströme der Zukunft trifft, und einen Verteilungsplan, der über einen gerechten Schlüssel dafür sorgt, dass diese Menschen aufgenommen und integriert werden können.

Und wir fordern eine konsequente und faire Integration der hier lebenden Flüchtlinge und Migranten sowie die Diskussion über eine globale Green Card.

8. Digitalisierung: Die digitale Revolution birgt Chancen und Risiken.

Die tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Digitalisierung verlangt nach klaren Regeln. Wir brauchen eine digitale Charta und eine supranationale Institution, die Regeln setzen und deren Einhaltung durchsetzen kann, das gilt für die Nutzung von persönlichen Daten ebenso wie für die Strafbewehrung von digitalen Verbrechen.

Digitale Geschäftsmodelle müssen in einen global gültigen regulatorischen Rahmen eingebettet werden, der jedem Bürger die Souveränität über seine Daten garantiert und die Gefahr begrenzt, dass sich der Staat zu einem Überwachungsstaat entwickelt, der die Entfaltung der nächsten Generationen behindert.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Besteuerungsmodell zu entwickeln, das den digitalen Geschäftsmodellen Rechnung trägt, Produktivitäts- und Effizienzgewinne angemessen bei der Besteuerung berücksichtigt und den Wegfall von

sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen durch neue Besteuerungsarten ausgleicht.

9. Müll: Abfall darf nicht unser Hauptvermächtnis an künftige Generationen werden.

Inzwischen sind die Ozeane bis in die Tiefsee mit Plastikmüll gefüllt; für den radioaktiven Abfall aus Kernkraftwerken gibt es keine Entsorgungslösung, und Raubbau an den natürlichen Ressourcen hat ganze Regionen verwüstet und verseucht. Wir fordern die künftige Bundesregierung auf, in Zukunft nur noch solche Materialien zuzulassen, die innerhalb einer Generation wieder natürlich abgebaut oder technisch entsorgt werden können.

10. Generationengerechtigkeit: Aufnahme in das Grundgesetz!

Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag, der diesen Namen auch verdient.

Wir fordern die kommende Bundesregierung auf, Generationengerechtigkeit in das Grundgesetz aufzunehmen und so sicherzustellen, dass Haftungsforderungen im Namen zukünftiger Generationen eingeklagt werden können.

Selten hatten so viele Menschen Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel. Wir auch!

Wir haben uns deshalb zusammengetan, um hier einen Kurswechsel einzuleiten.

Wir laden alle ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen, zu diskutieren, zu verhandeln und einen entschlossenen und optimistischen Aufbruch zu wagen.

Unsere Generation hat heute das Wissen, um die Probleme der Welt zu lösen.

Menschen landeten auf dem Mond und werden bald auf dem Mars landen. Mit diesem Willen werden wir es auch erreichen, diese Erde wieder lebenswert zu machen für alle Generationen, hier und anderswo, heute und in Zukunft.

Das ist, was wir wollen. Und wir fangen jetzt damit an.

Die Unterzeichner⁴

⁴ wiederum zitiert nach der Homepage, s.o

Die Notwendigkeit einer langfristigen, nachhaltigen Perspektive

Dieser Ansatz des Generationenmanifests vertritt zwar allgemein politische und grundsätzliche Anliegen, orientiert sich aber an einer Anwaltschaft für die nachfolgende Generation. Insofern hat er auch eine familienpolitische Komponente, weil es um das Wohl der Kinder und Enkel geht.

Meiner Ansicht nach sind es zwei Entwicklungen, die ein solches Engagement besonders sinnvoll und aktuell nötig erscheinen lassen:

1. Parteipolitisches Handeln ist auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet. Es sind noch nicht einmal die nächsten Wahlen – also etwa eine Periode von vier Jahren – die politisch Verantwortliche im Blick haben. Unsere Mediengesellschaft verleitet dazu, noch viel kurzfristiger die nächste Umfrage im Blick zu haben, die mindestens alle vier Wochen erhoben wird. Wer die von Meinungsforschern erfragte Erwartungshaltung von möglichst vielen trifft, möglicherweise auch durch starke Formulierungen eine entsprechende Aufmerksamkeit erzielt, ist „im Gespräch“ und damit politisch erfolgreich. Langfristiges Denken und Handeln bedeutet aber, dass sich kurzfristig keine Erfolge und Wirkungen berichten lassen. Das ist verständlicherweise im scharfen Konkurrenzkampf politischer Akteure nicht erstrebenswert. So ist es sicher kein Zufall, dass die Unterzeichnenden des „Generationenmanifestes“ entweder ihre politische Karriere bereits hinter sich haben oder aber gar keine anstreben. Aber gerade deshalb sehen sie ihre Aufgabe darin, den eher auf kurzfristige Wirkung angewiesenen Politikerinnen und Politikern eine ergänzende und aus ihrer Sicht dringend notwendige Perspektive zu vermitteln.

Meiner Ansicht nach sollte dieses Anliegen nicht einzelnen Prominenten überlassen bleiben. Es ist ein aus der Verantwortung vor Gott abzuleitender Auftrag, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

2. Eine lebenswerte Zukunft für die nachfolgende Generation ist gefährdet.

Erstmalig sind wir in der Menschheitsgeschichte an einem Punkt angelangt, an dem es nicht mehr um Detailfragen geht, sondern um das Ganze, um das globale Überleben der Menschheit.

Traditionell haben viele Generationen von Eltern immer wieder den Wunsch gehabt: „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben!“.

Heute kann dieser Wunsch nur lauten: „Unsere Kinder sollen noch eine lebenswerte Welt vorfinden!“ Eine Steigerung von Wohlstand erscheint nicht mehr sinnvoll. Noch mehr Konsum wirkt nicht nur unrealistisch, sondern überfordert auch die vorhandenen

Ressourcen unserer Erde. Das bereits in den 80er Jahren vom „Club of Rome“, einer Vereinigung renommierter Wissenschaftlicher, prognostizierte Ende des Wachstums ist inzwischen immer stärker ins Bewusstsein vieler geraten.

Wer im Sinne eines familiären Denken und Handelns für kommende Generationen Verantwortung übernimmt, ist von daher mehr als je zuvor dazu verpflichtet, auch politische Dimensionen in den Blick zu nehmen. Wer seinen Kindern und Enkeln, wer allgemein den kommenden Generationen überhaupt die Chance zum Leben ermöglichen möchte, muss sich für nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Damit wird ein komplexes Themenfeld eröffnet. Das zeigen auch die von den Vereinten Nationen entwickelten Nachhaltigkeitsziele. Diese „Sustainable Development Goals“ (SDGs) beschreiben mit 17 Forderungen einen umfassenden Auftrag der heute lebenden Weltbevölkerung für eine zukünftige Entwicklung. Auffällig dabei ist, dass nicht mehr zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern o.ä. unterschieden wird. Im Sinne der SDGs sind alle Staaten Entwicklungsländer. Die Bundesrepublik steht z.B. vor der Herausforderung, Bildungschancen unabhängig vom Elternhaus zu ermöglichen. Und natürlich ist für alle Industrienationen eine Reduzierung der Umweltbelastung eine zwingende Entwicklungsaufgabe. Es kann auch nicht Ziel der Weltentwicklung sein, dass alle Menschen in Konsum und Verbrauch auf das Niveau heutiger Industrieländer gehoben werden. Dazu bräuchten wir Menschen die Ressourcen von mehr als sieben Erden. Es geht also nur durch grundsätzlichen Wandel im Verbrauch von Energie, Rohstoffen und natürlicher Umwelt.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen und mit ihr auch der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden hat im November 2017 eine „strategische Partnerschaft“ mit Micha Deutschland beschlossen.

In ihrer Vorstellung beschreibt die übergemeindliche Initiative sich folgendermaßen: „Micha als Micha Global ist eine weltweite Kampagne und ein globales Netzwerk, das Christinnen und Christen zum Engagement gegen extreme Armut und für globale Gerechtigkeit begeistern möchte. Sie engagiert sich dafür, dass die Nachhaltigkeitsziele/Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen umgesetzt werden. Bis 2030 soll weltweit Armut beseitigt werden.

Als Micha Deutschland e.V. sind wir überzeugt, dass jeder Mensch, jede Gemeinde, jede Organisation und jede Gesellschaft Teil der Schöpfung Gottes ist und es unser Auftrag ist, diese Schöpfung zu bewahren und die Würde aller Geschöpfe in unserer Welt zu achten. Micha Deutschland ist ein überkonfessionelles Netzwerk von Organisationen, Gemeinden und Einzelpersonen.“⁵

Der „Konziliare Prozess“ als ökumenisches Anliegen

Ähnliche grundlegende Überlegungen sind bereits im Rahmen des „konziliaren Prozesses“, ausgerufen durch die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1983 in Vancouver, angestoßen worden. Ein gemeinsamer „Lernweg christlicher Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ wurde initiiert.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Düsseldorf nahm 1985 das Anliegen auf und forderte „um der Gefährdung des Überlebens willen ein gesamtchristliches Friedenskonzil einzuberufen.“⁶

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) griff im Mai 1987 die an sie gerichtete Bitte auf, zu einem Forum für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzuladen.

⁵ Vorstellung auf der Homepage <http://www.micha-initiative.de/das-ist-micha>, gelesen am 29.03.2018

⁶ Zitat nach https://de.wikipedia.org/wiki/Konziliarer_Prozess, gelesen am 26.03.2018

Anliegen dieses Forums sollte es sein, die biblisch-theologischen, die geistlichen und ethischen Aspekte des Themas zu entfalten. In der DDR formierten sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Arbeitskreis Solidarische Kirche und die Initiative Kirche von Unten, die sich auf den konziliaren Prozess beriefen.

Im Jahr 1988 wurde in Stuttgart die ökumenische Erklärung „Gottes Gaben – Unsere Aufgabe“ verabschiedet. Sie betont die Verantwortung des Menschen für den Schutz des Lebens und des globalen Lebensraumes. Sie befasst sich mit der Ressourcen- und Energiefrage, die nicht nur wirtschaftliche und politische Maßnahmen erforderlich mache, sondern auch eine Reform der Lebensstile.

Parallel organisierte die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR Ökumenische Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die 1988/89 in Dresden, Magdeburg und nochmals Dresden stattfanden. Mit dem Aufruf „Eine Hoffnung lernt gehen“ hatte sie sich an die Gemeinden gewandt, sich mit Vorschlägen an der Vorbereitung der Versammlung zu beteiligen, woraufhin etwa 10.000 Gemeindemitglieder wie auch Kirchenferne schriftliche Vorschläge schickten.

Die erste europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ traf sich 1989 in Basel (Schweiz). In der Abschlusserklärung „Frieden in Gerechtigkeit“ fordern die Teilnehmer „eine ökologische Weltordnung“ (Zf. 13) und gelangen über eine Reflexion der schöpfungstheologischen Grundlagen zu einer selbstkritischen Bewertung des Christentums:

„Wir haben versagt, weil wir nicht Zeugnis abgelegt haben von Gottes sorgender Liebe für all und jedes Geschöpf und weil wir keinen Lebensstil entwickelt haben, der unserem Selbstverständnis als Teil von Gottes Schöpfung entspricht.

Wir haben versagt, weil wir nicht entschieden genug die politischen und wirtschaftlichen Systeme in Frage gestellt haben, die die natürlichen Ressourcen der Welt nur zum eigenen Nutzen ausbeuten und Armut und Marginalisierung verewigen.“ (Zf. 43) Einen markanten ökologischen Akzent setzt die Erklärung auch dadurch, dass sie die natürliche Umwelt als Rechtsträger wertet

und dem Individualismus des Menschen spätestens dort Schranken setzt, wo die „Rechte aller Kreaturen“ (Zf. 45) gefährdet seien. Die globale ökumenische Weltversammlung trat schließlich 1990 in Seoul (Südkorea) ein Jahr später unter Beteiligung aller christlichen Konfessionsfamilien zusammen. Auch der Vatikan als Repräsentant der römisch-katholischen Kirche hatte sich finanziell und im Vorbereitungsstab beteiligt und sandte eine Beobachterdelegation.

Die wichtigsten Ergebnisse der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurden in Seoul – in Entsprechung zu den „Zehn Geboten“ – als „Zehn Grundüberzeugungen“ christlicher Kirchen verabschiedet. Sie fassen zusammen, was Christen heute gemeinsam zu sozialem Fragen sagen können.⁷ In diesem Gesamtprozess waren auch Baptisten und andere Freikirchen beteiligt. Allerdings hat das Anliegen nicht unbedingt die Gemeindebasis erreicht, sondern blieb eher auf einzelne „Aktivisten“ beschränkt.

Ein baptistisches Vorbild: Dr. Martin Luther King jr.

Naheliegender ist für Baptisten auch, sich auf die Botschaft des amerikanischen Bürgerrechtlers und Baptistenpastors Martin Luther King jr. zu beziehen. Seine berühmteste Rede „I have a dream“ ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass die Fürsorge für eigene Kinder immer auch andere Leute einbezieht und damit sich für eine gerechte Gesellschaft und lebensfreundliche politische Verhältnisse einsetzt:

„Ich habe einen Traum, dass sich eines Tages diese Nation erheben wird und die wahre Bedeutung ihrer Überzeugung ausleben wird: Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich: Alle Menschen sind gleich erschaffen.

Ich habe einen Traum, dass eines Tages auf den roten Hügeln von Georgia die Söhne früherer Sklaven und die Söhne früherer Sklavenhalter miteinander am Tisch der Brüderlichkeit sitzen können.

Ich habe einen Traum, dass eines Tages selbst der Staat Mississippi, ein Staat, der in der Hitze der Ungerechtigkeit und in

⁷ Dargestellt nach https://de.wikipedia.org/wiki/Konziliarer_Prozess, gelesen am 26.03.2018

der Hitze der Unterdrückung verschmachtet, in eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit verwandelt wird.

Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt.

Ich habe heute einen Traum!“⁸

Neuere Studien zu King machen deutlich, dass es ihm keineswegs nur um die Rechte von Schwarzen in den Südstaaten der USA ging. Sein Ansatz war von Anfang an global und hatte aus heutiger Sicht einen geradezu prophetischen Charakter.

Dr. Darryl Trimiew ist einer der führenden amerikanischen Sozialethiker und war Präsident der „Society of Christian Ethics“. Trimiew forscht schwerpunktmäßig im Bereich der christlichen Sozialethik in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. In seiner Lehrtätigkeit setzt er einen besonderen Fokus auf die Entwicklung der afroamerikanischen Kirche in den USA und deren Kampf gegen Vorurteile und Diskriminierung. Gegenwärtig ist Trimiew Dozent für Sozial- und Religionsethik an der Fakultät für Philosophie und Religion am Medgar Evers College in Brooklyn, New York. In einem Vortrag im Rahmen des Symposiums der Gesellschaft für freikirchliche Theologie und Publizistik (GfTP) in Oldenburg beschäftigt sich Trimiew im November 2017 mit dem Ansatz Martin Luther Kings. Er stellt dar, dass King in den 60er Jahren sicher noch nicht die Zerstörung der Umwelt im heutigen Umfang bewusst war. Aber er hat mit dem Gedanken der „Beloved community“, einer zusammengeliebten Weltgemeinschaft, wie er es nannte, eine Grundlage für moderne globale Verantwortung gelegt. Einer seiner berühmtesten Sätze lautet: „Ungerechtigkeit an einem Ort ist eine Bedrohung für die Gerechtigkeit an allen Orten.“⁹

„Dementsprechend muss anerkannt werden, dass King, hätte er überlebt, sich für einen systematischen grünen Lebensstil und strengen Umweltschutz und ökologische Gerechtigkeit eingesetzt und dabei den zerstörenden Lebensstil, den wir jetzt leben, in Frage gestellt hätte.“¹⁰

⁸ Übersetzung nach https://de.wikipedia.org/wiki/I_Have_a_Dream, gelesen am 28.03.2018

⁹ Martin Luther King jr., BrainyQuote.com, Xplore Inc, 2016

¹⁰ Darryl Trimiew, s.o.

Ein Ausschnitt aus der Weihnachtspredigt von Martin Luther King vom 24.12.1967 unterstreicht das:

„Wenn wir Frieden auf Erden haben wollen, müssen wir eine weltweite Perspektive entwickeln. Ja, als Nationen und als Individuen sind wir voneinander abhängig. Es lässt sich auf folgendes reduzieren: Alles Leben befindet sich in einem unentrinnbaren Netzwerk der Gegenseitigkeit, gebunden in einem einzigen Anzug des Schicksals. Was auch immer einen Einzelnen direkt beeinflusst, beeinflusst alle anderen indirekt. Wir sind dazu geschaffen, durch die verbundene Struktur der Realität zusammen zu leben. Auf diese Weise ist unser Universum strukturiert, das ist seine verbundene Beschaffenheit. Wir werden keinen Frieden auf Erden haben, bis wir diese Basis der verbundenen Struktur aller Realität verstanden haben.“

Gleichzeitig macht das Wirken Martin Luther Kings auch deutlich, dass die bestehenden Verhältnisse nicht übermächtig sind, auch wenn sie manchmal so erscheinen. Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung begann mit einem kleinen alltäglichen Ereignis: Die schwarze Näherin Rosa Parks sollte ihren Sitzplatz im Bus für einen Weißen frei machen. Sie weigerte sich, wurde verhaftet und zu einer Geldstrafe verurteilt. Das war der Beginn eines viele Monate dauernden Busstreiks in Montgomery, Alabama. Nach einem Jahr wurde die Rassentrennung in Bussen gerichtlich aufgehoben. Ein erster Erfolg. Der Busstreik gilt damit als Beginn der Bürgerrechtsbewegung, die immer noch nicht am Ziel ist. Die aber getragen wurde und wird von der Überzeugung „We shall overcome“ – wir werden überwinden – nicht nur, weil viele sich engagieren. Sondern auch, weil viele davon überzeugt sind, dass es Gottes Wille ist, dass Menschen in Frieden und einer gerechten Welt und einer bewahrten Schöpfung leben – nicht nur die heutige Generation, sondern auch die folgenden. Und darum ist familiäre Fürsorge für Kinder und Enkel immer auch verbunden mit politischem Engagement für eine lebenswerte Zukunft.